

Editorial

Kommt uns die Freiheit abhanden?

Wollen wir wirklich alle Verantwortung an einen Staat delegieren?

Liberal contra DDR 4.0 oder die große Transformation.

Warum haben unsere Kinder Angst vor der Zukunft?

Warum glauben wir an eine Klimakatastrophe?

An den CO2-Teufel? Haben wir verlernt zu hinterfragen?

Beugen wir uns den Nachrichten unserer öffentlich-rechtlichen Medien, die mehr als einmal am Rande von FAKE-News operieren?

Warum lassen wir es zu, dass hunderte von Milliarden an Steuergeldern verschleudert werden?

Die Demonstranten in Hongkong erinnern uns daran, dass alle Menschen die Freiheit zum Leben brauchen.

Erinnern wir uns an die Grundpfeiler der Freiheit, der Fairness und der Chance, die eigenen Fähigkeiten, auch zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen.

Lassen Sie sich von LSI Aktuell zum Nachdenken anregen, vielleicht sogar zum Mitmachen.

Statt das ERSTE einzuschalten, nehmen Sie doch einfach das Handy und rufen uns an. Interessante Gespräche und Aktionen warten auf Sie. Trauen Sie sich! Leben Sie das liberale Lebensgefühl.
Karl-Heinz Weinert
Schatzmeister LSI

LSI Landes-Vorstand bei Neuwahlen bestätigt

Stuttgart, 15. 6. 2019



Karl-Heinz Pastoors, Stellvertretender Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-

Württemberg e.V., begrüßwünschte in seinem Grußwort den Landesverband der Liberalen Senioren zu seiner langen und erfolgreichen Arbeit. Er stellte die Aufgaben des Landesseniorenrates vor und hebt die gute Zusammenarbeit mit den Liberalen Senioren hervor. Denn neben Pflegeeinrichtungen sind auch politische Vorfeldorganisationen für das Erreichen der Verbandsziele wichtig.

Das Impulsreferat von Frau **Prof. Dr.-Ing. Corinna Salander** zum Thema „Soziale und liberale Mobilität - Utopie oder Realisierbarkeit?“ zog die Zuhörer in ihren Bann. Kompetent und doch kurzweilig bestätigte Salander, warum sie europaweit die erste Frau auf einem Universitätslehrstuhl für Eisenbahnwesen ist.

Eine Zusammenfassung der Analysen und abgeleiteten Forderungen finden Sie auf Seite 2.

Danach eröffnete der LSI Landesvorsitzende **Dr. Wolfgang Allehoff** satzungsgemäß die gut be-

suchte Mitgliederversammlung.

In seinem Tätigkeitsbericht hob er vor allem die zwei Erfolgsautoren der LSI hervor:

- Aktive, lebendige und kreative Regionalleitungen und
- Kompetente Arbeitsgruppen.

Mit der Ausnahme von Südbaden/Freiburg sind alle wichtigen Regionen durch die LSI abgedeckt. Auch die Teamleitungslösung in den Regionen hat sich bewährt, weil die Tätigkeiten auf mehrere Schultern verteilt werden können.

Aktuell gliedert sich die LSI in diese Regionen:

• Rhein/Neckar/Nordbaden
Karl-Heinz Weinert

• Hohenlohe/Bad Mergentheim
Norbert Patzner

• Karlsruhe/Mittelbaden
Dr. Horst Dilger

• Ludwigsburg
Hildegund Gramespacher, Werner Maier

• Stuttgart
Dr. Wolfgang Allehoff, Günther Hammer, Frank Bantle, Liane Bott-Völker

• Esslingen
Prof. Karl-Ernst Noreikat, Bärbel Noreikat

• Tübingen/Reutlingen
Dr. Kurt Sütterlin

• Bodensee/Oberschwaben/Ulm
Dr. Gerhard Bozler, Klaus Kastner

Die Arbeitsgruppen dokumentieren ihre hervorragende Arbeit in Newslettern, die auf unserer Homepage als PDF heruntergeladen werden können. Mit jeweils überzeugenden Mehrheiten wurde der aktuelle Vorstand wiedergewählt.

Da die langjährigen Beisitzerinnen Helga Krautt und Nora Jordan-Weinberg nicht mehr antraten, Laudationen (siehe Seite 12), setzt sich der Gesamtvorstand nun aus diesen Personen zusammen:

Landesvorsitzender
Dr. Wolfgang Allehoff

Drei gleichberechtigte Stellvertreter
Dr. Gerhard Bozler
Prof. Karl-Ernst Noreikat
Hanspeter Gramespacher

Schatzmeister
Karl-Heinz Weinert

Schriftführer
Heidmarie Skudelny

7 Beisitzer
Frank Bantle, Liane Bott-Völker, Dr. Horst Dilger, Günther Hammer, Manfred Härterich, Klaus Kastner, Bärbel Noreikat

• WHA

Soziale und liberale Mobilität - utopisch? machbar?

Die Rolle des Verkehrs im Klimaschutz

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland

1990 bis 2018 in Prozent



Quelle: Allianz pro Schiene | 04/2019 | auf Basis von Umweltbundesamt 2019
Lizenz: © ⓘ Nutzung frei für redaktionelle Zwecke unter Namensnennung



Jahresmitgliederversammlung LSI Baden-Württemberg

15.06.2019

16

Die Präsentation können Sie als PDF anfordern.
E-Mail siehe Seite 16

Vehement fordert Corinna Salander die emotionslose und unvoreingenommene Analyse der verschiedenen Verkehrskonzepte. Sie stellt fest, dass Stauhauptstädte, Urbanisierung und Klimawandel die verkehrspolitischen Herausforderungen der Zukunft sind. Sie gesteht den politisch verantwortlichen Kräften auch Betroffenheit und Veränderungswillen zu - aber bei einem europäischen Vergleich schneidet Deutschland mit am schlechtesten ab.

Wenn die Klimaschutzziele im projektierten Zeitrahmen erreicht werden sollen, muss die Rolle des Verkehrs genau analysiert werden.

Die Rolle des Verkehrs im Klimaschutz

- Der Verkehrsbereich verantwortet ca. 1/5 der nationalen Treibhausgasemissionen und spielt damit eine zentrale Rolle zur Erreichung der Klimaschutzziele von 2050
- Der Verkehrssektor hat in Deutschland aktuell einen Anteil von rund 30% am gesamten Endenergieverbrauch
- Der Entwurf des Klimaschutzgesetzes sieht daher 40% CO₂-Einsparung im Verkehrssektor bis 2030 gegenüber 1990 vor
- Dem Güterverkehr insgesamt wird im selben Zeitraum ein Wachstum um 40% im Vergleich zu 2010 prognostiziert

Potentieller Beitrag zur Reduktion der Emissionen

- Eine Fernreise mit dem Zug löst weniger als 1/10 der Treibhausgasemissionen einer entsprechenden Autofahrt aus und weniger als 1/22 eines entsprechenden Fluges
- Der Schienenverkehr kann bis zu 20% beitragen, wenn jedes Jahr 10 Mio € zusätzlich in infrastrukturelle und fahrzeugseitige Neubauvorhaben und in die Instandhaltung des Systems Bahn fließen

Bei einer genauen Betrachtung von Schienen-, Auto/LKW- und Flugverkehr wird klar, dass das Flugzeug am meisten Emissionen ausstößt, aber steuerlich am besten gestellt ist. Salander findet das nicht gut.

LSI

Soziale und liberale Mobilität - utopisch? machbar?

Ungleiche Belastung der Verkehrsträger Steuern und Abgaben auf den Energieverbrauch in Deutschland



Als Zukunftskonzept schlägt sie folgende Maßnahmen vor:

- **Das Missverhältnis bei der steuerlichen Bevorzugung der unterschiedlichen Verkehrsträger ausgleichen,**
- **Schieneinfrastruktur massiv ausbauen (Beispiele)**
- **Trennung der Trassen für den Güter- und Personenverkehr**
- **Optimierte Instandhaltung**

- **Angepasste Trassierung bei Überhöhungen in Kurven vor allem für den Hochgeschwindigkeitsverkehr (HGV)**
- **Sprinter-Konzept ausbauen (als Ersatz für Inlandsflüge)**
- **Keine Zwischenhalte**
- **HGV-Strecken mit genügend Ausweichstellen zur Überholung von langsameren Zügen bauen**
- **Revitalisierung stillgelegter Strecken vorantreiben**

- **Ländliche Gegenden wieder an den Schienenverkehr anschließen**
- **Einzelgüterwagen mit Batterieantrieb, LKW nur für die wirklich allerletzte Meile**

Prof. Dr.-Ing. Corinna Salander

- **Einsatz digitaler Technologien (Beispiele für Digitalisierung)**

- **Sensorbasierte Erfassung der Umgebungsbedingungen zur verbesserten Steuerung von Traktions- und Bremsverhalten**
- **Mikroklima auf der Schiene zur Adhäsionskontrolle**
- **Einflüsse aus Infrastrukturbauten und Vegetation**
- **Sichere Datenübertragung zwischen den Fahrzeugen**
- **Virtuelle Kupplung**
- **Relativer Bremsabstand**
- **Steuerung von Beladungsprozessen im Güterverkehr und Ein- und Aussteigeabläufen im Personenverkehr**
- **Sichere Beladung mit gleichmäßiger Gewichtsverteilung**
- **Hinleiten der Fahrgäste zu geeigneten Einstiegen**

- **WHA**

Corinna Salander liefert folgende Definitionen:

Mobilität: Möglichkeit zur räumlichen Beweglichkeit des Einzelnen, im Rahmen seiner persönlichen Bedürfnisse

Sozial: Verantwortung der Staatsgewalten, dass jeder an einer mobilen Gesellschaft teilhaben kann; Verantwortung eines jeden, mit seinen Mobilitätsansprüchen nicht der Gesellschaft als Ganzes zu schaden

Liberal: Räumliche Bewegung in eigenverantwortlicher Selbstbestimmung ohne Vorschriften und im Bewusstsein der eigenen Verantwortung für die Gesellschaft



Zur Info:

Das Bundespresseamt bietet jedem Abgeordneten die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger nach Berlin einzuladen. Üblicherweise stehen den Abgeordneten pro betreutem Bundeswahlkreis eine Besuchergruppe mit je 50 Personen pro Jahr als Kontingent zur Verfügung.

Bei der viertägigen Reise erhalten die politisch interessierten Besucher einen umfangreichen Einblick in das politische Berlin. Neben einem Besuch im Reichstagsgebäude, der Teilnahme an einer Plenardebatte oder an einem

Informationsvortrag über Arbeitsweise und Zusammensetzung des Deutschen Bundestages steht dabei auch ein Gespräch mit dem zuständigen Abgeordneten auf dem Programm. Und natürlich gibt es ganz viel Geschichte, Kunst und Kultur zu sehen und zu erleben.

Insgesamt werden vom Bundespresseamt im Rahmen des offiziellen Programms drei Übernachtungen im Doppelzimmer bezahlt, Frühstück, Mittag- und Abendessen sowie je ein Getränk pro Essen. Die Gäste müssen lediglich die Eintritte in Museen zahlen sowie einen kleinen Pauschalbetrag für Trinkgelder.

Anmeldung über die Kreisgeschäftsstelle des Abgeordneten.

Liberales Senioren auf Abgeordneten-Fahrt in Berlin

Der Ravensburger FDP-Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser stellte den Liberalen Senioren ein Kontingent an Plätzen für eine Abgeordnetenfahrt nach Berlin zu Verfügung.

Die erste Gruppe fuhr bereits Ende Januar und die Zweite in der Karwoche 2019.

Ab Weingarten ging es im bequemen Fernreisebus mit mehreren Pausen in die Bundeshauptstadt. In Berlin-Tegel wurde für 3 Nächte Quartier bezogen. Das Programm wurde vom Bundespresseamt zusammengestellt.

1. Tag:

Teilnahme an einer Plenarsitzung (1. Gruppe). Da in der Karwoche keine Plenarsitzungen stattfanden, Besichtigung des Plenarsaals und Vortrag über die

Aufgaben und die Arbeit des Parlaments.

Diskussion mit MdB Benjamin Strasser im Fraktionsaal der FDP. Besuch der Reichstagskuppel.

Führung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im ehemaligen Bendler Block. Stadtrundfahrt durch

Berlin- an politischen Gesichtspunkten orientiert (Teil 1) Besuch der österreichischen Botschaft

2. Tag:

Informationsgespräch im neuen Gebäude des Bundesnachrichtendienstes. Stadtrundfahrt an politischen Gesichtspunkten orientiert Teil 2

Besuch der Dauerausstellung „Tränenpalast“ im Bahnhof Friedrichstr. Mit Einführung.

Der Nachmittag stand zu freier Verfügung.

3. Tag

Sonderführung in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen im Schloss Cecilienhof.

Danach Rückfahrt nach Weingarten wo wir um 20:00 Uhr wohlbehalten ankamen.

Fazit:

Es waren 3 Tage mit sehr vielen hochinteressanten Informationen und ein Kennenlernen unserer Bundeshauptstadt, in der es durch Baumaßnahmen große Veränderungen gibt. Erwähnenswert ist der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses.

●KK



Rente für Witwen und Witwer - Wie geht das?

Was Sie über die Witwen- und Witwerrente wissen sollten

- Nach dem Tod des Ehepartners erhält der oder die Hinterbliebene dessen gesetzliche Rente drei Monate lang weiter ausgezahlt, und zwar in voller Höhe.
- Danach besteht entweder Anspruch auf eine sogenannte kleine oder große Witwen- beziehungsweise Witwerrente.
- Die große Rente beläuft sich auf 55 Prozent der Bezüge des Verstorbenen, die kleine Rente auf 25 Prozent.
- Die große Witwenrente bekommen nur Hinterbliebene, die 2019 älter als 45 Jahre und acht Monate sind oder ein minderjähriges Kind erziehen.
- Eigenes Einkommen wird auf die Witwen- oder Witwerrente angerechnet. Es gibt aber Freibeträge.

Die Rentenversicherung zahlt nicht automatisch, sondern erst, nachdem Sie einen **Antrag auf Witwen- oder Witwerrente** bei der Rentenversicherung gestellt haben.

Voraussetzung für einen Anspruch auf die **große Witwen- oder Witwerrente** ist, dass Sie nach dem Tod Ihres Partners **nicht wieder geheiratet** haben und der Partner **mindestens fünf Jahre** in die Rentenversicherung eingezahlt hat.

Zusätzlich müssen Sie die **Altersgrenze** erreicht haben: Stirbt Ihr Ehepartner im Jahr 2019, müssen Sie mindestens 45 Jahre und 8 Monate alt sein (diese Altersgrenze wird jährlich angehoben).

Wenn Sie **seit 2002 verheiratet** oder als Lebenspartner eingetragen waren, bekommen Sie **nach neuem Recht 55 Prozent der Rente**, die die Rentenversicherung Ihrem verstorbenen Partner zum Todeszeitpunkt gezahlt hat oder hätte. Renten nach neuem Recht können sich um einen Kinderzuschlag erhöhen.

Ist Ihr Ehepartner vor dem 65. Lebensjahr gestorben, wird der Rentenanspruch um einen Abschlag gemindert. Haben Sie allerdings **vor dem 1. Januar 2002 geheiratet** und wurden Sie oder Ihr verstorbener Ehepartner vor dem 2. Januar 1962 geboren, stehen Ihnen **nach altem Recht 60 Prozent der Rente** des Verstorbenen zu.

Es gibt keinen Zuschlag, weil Sie Kinder groß gezogen haben.

Anrechnung des Einkommens

Die Rentenversicherung rechnet Ihr eigenes Einkommen, also auch Ihre eigene Rente, auf die Witwen- oder Witwerrente an. Es gibt allerdings Freibeträge. Es kann sein, dass Ihre Hinterbliebenenrente gekürzt

wird oder Sie bei höherem eigenen Einkommen gar nichts erhalten.

Ermittlung des Nettoeinkommens

Zunächst ermittelt die Rentenversicherung das Nettoeinkommen. Bei bestimmten Einkommensarten wendet sie dazu ein pauschaliertes Verfahren an. Vom Brutto-Arbeitseinkommen zieht sie pauschal knapp 40 Prozent ab. Bekommt ein Hinterbliebener eine eigene Rente, werden davon pauschal 14 Prozent abgezogen.

Freibeträge

Vom Nettoeinkommen wird der Freibetrag abgezogen. Der ist mit dem aktuellen Rentenwert verknüpft und erhöht sich immer dann, wenn sich die Renten erhöhen. Er liegt in den alten Bundesländern derzeit bei 845,59 Euro und in den neuen Bundesländern bei 810,22 Euro. Wenn Sie Kinder haben, steigt der Freibetrag für jedes Kind, das grundsätzlich einen Anspruch auf Waisenrente hat, um 179,37 Euro in den alten Bundesländern.

Kürzung der Rente

Von der verbliebenen Summe werden nun 40 Prozent auf die Witwenrente angerechnet. Anders ausgedrückt: Die 40 Prozent werden von der Rente abgezogen.

Beispiel:

Eine Witwe in Ulm hat ein eigenes Nettoeinkommen von 1.400

Euro. Zwei Kinder befinden sich in der Ausbildung. Ihr Freibetrag von 845,59 Euro erhöht sich wegen der Kinder um 358,74 Euro auf insgesamt 1.204,33 Euro.

Das Netto-Einkommen übersteigt den Freibetrag um 195,67 Euro. 40 Prozent davon sind 78,37 Euro.

Die Rentenversicherung zieht daher diesen Betrag von der Witwenrente ab.

Die Informationen wurden größtenteils aus einem Artikel der Zeitschrift „Finanztip“ entnommen: www.finanztip.de/witwenrente

Gesetzliche Regelung bei Beamten

Grundsätzlich besteht ein Anspruch auf Witwen-/Witwergeld für eine/n Witwe/r eines Beamten/einer Beamtin auf Lebenszeit oder einer/eines Ruhestandsbeamtin/en, wenn die/der Verstorbene eine Dienstzeit von **mindestens fünf Jahren** abgeleistet hat und die Ehe mindestens ein Jahr angedauert hat.

Die Höhe des Witwen-/Witwergelds beträgt **55 Prozent des Ruhehalts**, das die/der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn sie/er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre.

*Genaue Informationen können im **Beamtenversorgungsgesetz (BeamntVG)** nachgelesen werden.*

- HD

Am Samstag den 6. Juli 2019 veranstaltet die FDP/DVP-Fraktion im Stuttgarter Landtag zum 11. Mal den „Liberalen Seniorentag.“

Die kongressähnliche Tagung zieht in den letzten Jahren jeweils mehr als 250 Interessenten an. Auf diese Erfolgsgeschichte sind wir bei der LSI sehr stolz - und danken der Fraktion.

„Gesundheit ist ein hohes Gut. Mit dem Alter wächst das Bewusstsein hierfür“.

Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der FDP/DVP Landtagsfraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, den 11. Liberalen Seniorentag mit dem Titel „Chancen für mehr Gesundheit – auch für mich?“.

Die Gesundheitswirtschaft sei mit rund 600 000 die beschäftigungsintensivste Branche von wirtschaftspolitisch herausragender Bedeutung. Die Digitalisierung führe zu fundamentalen Veränderungen und biete viele Chancen. Die Chancen würden am heutigen

Tage von zwei Seiten beleuchtet:

- BIOPRO für die **wirtschaftliche** Sichtweise
- Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung von der **Versorgungsseite** her

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Jürgen Keck**, betonte:

„Es ist wichtig, konkret herauszuarbeiten, welche Weichenstellungen die Landespolitik vornehmen muss, damit wir auch in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung im Land haben und die unglaublichen Perspektiven,

zum Nutzen des Einzelnen umsetzen können. Es geht hier um Innovationen mit konkretem Bezug zu einer gesünderen Zukunft. Der demografische Wandel führt klar vor Augen, dass Gesundheit ein noch wichtigeres Thema werden wird.“

In seinem Grußwort ging **Dr. Wolfgang Allehoff**, der Vorsitzende der Liberalen Senioreninitiative LSI, auf die Begrifflichkeit der Gesundheit in der Bandbreite ihrer Ausprägungen und Merkmale ein.

„Krankheit und Gesundheit liegen auf einem Kontinuum. Die Übergänge zwischen Gesundheit und Krankheit sind flie-



v.l. Jürgen Keck, MdL; Dr. Norbert Metke, KVBW; Prof. Dr. Ralf Kindervater, BIOPRO; Dr. Wolfgang Allehoff, LSI

„Chancen für mehr Gesundheit - auch für mich?“

fließend“, sagte Dr. Allehoff. Es gebe einen Wandel des allgemeinen Bilds vom Begriff „gesund.“ Er unterstrich die erhebliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für die Volkswirtschaft.

Prof. Dr. Ralf Kindervater stellte in seinem Vortrag **„Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg – Auf dem Weg in eine gesündere Zukunft“** die Landesgesellschaft BIOPRO vor, die seitens des Landes finanziert und vor 16 Jahren gegründet wurde.

Deren Handlungsfelder seien **Biotechnologie, Medizintechnologie, Pharmazeutische Industrie, Unterstützung des Aufbaus einer Bioökonomie und betriebe die Geschäftsstelle des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.**

Wie dynamisch sich die Herausforderungen wandelten, verdeutlichte er mit folgendem Satz: „Wir sind mittlerweile die BIOPRO 5.0“. Er fuhr fort: „Wir betreuen 10 bis 20 Gründungen pro Jahr. Wir sind ein total leistungsfähiger Standort“. Die Gesundheitsindustrie sei eine Zukunftsbranche. 840 Unternehmen in der Medizintechnologie, 86 Unternehmen in der Pharmazeutischen Industrie und 174 Unternehmen im Bereich der Biotechnologie seien im Land angesiedelt. Im Folgenden stellte er den Weg einer Innovation dar. Große Bedeutung habe die Versorgungsforschung. Die so genannte translationale

Forschung sei auf eine breite Datenbasis angewiesen. Ohne Arbeit an Daten funktioniert es nicht und hier biete die Digitalisierung große Chancen.

Professor Kindervater ging auch auf die Gefahren für den Wirtschaftsstandort ein, namentlich die Medizinprodukteverordnung. Er verdeutlichte die Problematik mit einer Analogie mit dem Auto: „Das wäre, wie wenn an einem Tag ein Brief käme, alle Autos müssen sofort zum TÜV. Es gibt aber gar nicht genügend Prüfeinrichtungen, um das durchzuführen. Das ist momentan eine Quadratur des Kreises.“ Womöglich könne man Mitte 2020 die Versorgung nicht mehr sicherstellen, weil bisher verwendete Medizinprodukte noch keine neue Zertifizierung durch Studien hätten. Hier brauche es dringend eine Fristverlängerung. Künstliche Organe und Teile von Organen mit

eigenen Zellen seien herstellbar.

„Innovationspolitik muss ganz straight nach vorne gehen. Da muss man dranbleiben, denn die anderen wollen auch was werden“, mahnte Prof. Kindervater.

Zu nennen seien beispielhaft China medical city oder Biopolis in Singapur. „Geht nicht gibt's nicht. Wir müssen uns den Herausforderungen stellen. Und das geht nur miteinander“, schloss Prof. Kindervater durchaus optimistisch.

Der Vorsitzende des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung **Dr. Norbert Metke** ging in seinem Vortrag **„Ersetzt digitale Medizin den Arzt vor Ort?“** auf die Herausforderung für die medizinische Versorgung ein.

Es gebe eine sehr hohe Zahl von Behandlungsfällen. **Warum „Fernbehandlung“? Weil wir ein völliges Chaos haben**

und keine Steuerung. Wir meinen, dass eine gewisse Steuerung ins System muss. Und das ist mit der Digitalisierung gut möglich“, sagte Dr. Metke.

Hier kämen die Terminservicestellen und das Telemedizinprojekt docdirekt ins Spiel.

Viele Menschen könnten sich andere Formen des Kontakts vorstellen als der direkte Arzt-Patienten-Kontakt. „Die digitale Gesellschaft ist da. Die Bürger scheinen es zu wollen. Vieles kann telemedizinisch geklärt werden“, so Dr. Metke.

Er schilderte den Ablauf: „Nach dem Anruf und der Beratung wird ein so genanntes Ticket erstellt. Das Beschwerdebild geht an eine von 62 Praxen im Land, die Zeit hat. Dann wird entschieden, ob telemedizinisch oder vor Ort behandelt werden kann.“ Es gebe einen festen Abfragealgorithmus. Die Telemedizin könne nur eine Ergänzung sein. Es brauche auch in Zukunft den Arzt-Patienten-Kontakt.

**Kostenfreie
Online-Diagnose
vom Arzt**

**Tel. 0711 965 897 00 • docdirekt.de
auch als App verfügbar**

docdirekt
KVBW



Nachruf



**Ulrike
Elstner-Sütterlin**

Am 8. April 2019 ist unser langjähriges LSI-Mitglied Ulrike Elstner-Sütterlin verstorben.

1934 wurde sie in Georgswalde im Sudentenland geboren. Sie kam nach Krieg und Vertreibung mit Mutter und Brüdern in Hausen an der Fils bei Verwandten unter und machte 1956 in Geislingen an der Steige ihr Abitur.

Nach einem Pädagogik-Studium in Heidelberg war sie seit 1966 als Lehrerin für Grund- und Hauptschulen in Tübingen tätig - seit 1971 bis zu ihrer Pensionierung fest an der Dorfackerschule.

„Einen Hang in die Ferne“ zeichnete sie immer aus. So organisierte sie zusammen mit anderen LSI-Frauen mehrere Reisen nach Griechenland und Tschechien (Prag). Viele andere Reisen nach Sri Lanka führten zu einer Patenschaft für eine Großfamilie durch das Ehepaar Sütterlin.

Als Mitglied in der LSI seit 1999 unterstützte sie ihren Mann Kurt Sütterlin nachhaltig in allen Belangen, auch durch Denkanstöße und Textkorrekturen. Durch ihre Kontakte zu zahlreichen LSI-Mitgliedern in Tübingen war sie oft für Vorbereitung und Betreuung der LSI-Reisen zuständig. Bei den Dreikönig-Infoständen bildete sie zusammen mit dem Ehepaar Hanle, Helga Krautt und Aline Groß eine sehr erfolgreiche Truppe.

Sie war sehr aktiv bei der Werbung für die Theatervorstellungen „Unter den Kuppeln“ (oft zwei Autos voll Freundinnen und Bekannten aus Tübingen).

Wir verlieren mit Ulrike eine überzeugte liberale Frau, aktive LSI-Mitstreiterin und begeisterte FDP-Anhängerin.

●WHA

LSI Projekte und Veranstaltungen

**Arbeitskreis
Energie-
Wende**



Am 5. Juni 2019 veranstaltete die LSI Projektgruppe „Energiewende“ im Rahmen der Jour Fixe Reihe in Stuttgart einen Info-Nachmittag zum Thema „Windkraft in Baden-Württemberg.“

Als kompetenten Referenten konnten wir Hansjörg Jung, Abteilungsleiter Windkraft beim Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Baden-Württemberg, gewinnen. Er stellte seinen Vortrag unter das Leitmotiv: **„Wir müssen mit den Windrädern dort hin, wo der Wind weht und nicht dort hin, wo die Politiker Wind machen!“**

Er unterlegte diesen Satz mit Zitaten führender Politiker:

Sigmar Gabriel in Kassel am 17.4.2014 vor Vertretern der Wirtschaft und SPD Spitzen:

- „Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht.“
- „Die Wahrheit ist, dass wir auf allen Feldern die Komplexität der Energiewende unterschätzt haben“.
- „Für die meisten anderen Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte“.
- „Es ist eine Illusion zu glauben wir könnten gleichzeitig aus Kernkraft und Kohle aussteigen.“

„Den Vogel diesbezüglich abgeschossen“ hat allerdings **Annalena Baerbock** (Bundesvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen) in einem Interview mit dem Deutschlandfunk 2019. Auf die Frage, wie der überschüssige Strom gespeichert werden soll, sagte sie: „... das Netz ist der Speicher ...“

Nun - der überschüssige Strom wird entweder verklappt oder zu Negativpreisen an Nachbarländer abgegeben. Wir reden von **Phantom-Strom - nichtgelieferter Windstrom wird vergütet**

Als der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel, Minister für Wirtschaft und Energie, dem Energieminister Chinas erklärte, dass der überschüssige Windstrom abgeregelt und dem Betreiber vergütet wird, dachte dieser, es sei ein Übersetzungsfehler seines Dolmetschers, den er daraufhin beschimpfte und um nochmalige Übersetzung bat. Am Ende sagte der chinesische Gast, dass es keine gute Idee für China sei, für etwas zu zahlen, das nicht produziert werde.

●WHA

Die Präsentation kann als PDF angefordert werden. Achtung: viel Physik.

Vorstellung der neuen Beisitzer im Landesvorstand

Liane Bott-Völker



- 67 Jahre
- Drogistin und Kosmetikerin
- 1975 Gründung eines Instituts für Ganzheitskosmetik in Degerloch
- FDP-Mitglied seit über 20 Jahren
- Schatzmeisterin Stadtgruppe Feuerbach
- Mitglied Liberale Frauen BW
- Mitglied Liberale Senioren
- ehrenamtliche Betreuung von Seniorinnen

Anliegen

Motivation der Senioren, sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einzubringen. Engagement von und für Senioren. Arbeit der Liberalen Senioren öffentlichkeitswirksam darstellen.

Bärbel Noreikat



- 70 Jahre
- Selbständige Goldschmiedemeisterin
- Laienrichterin am Verwaltungsgericht Stuttgart
- Stv. Ortsvorsitzende der FDP Esslingen.
- Mitglied im
 - Frauenrat Esslingen
 - Liberale Frauen BW
 - Liberalen Senioren

Anliegen:

Einfluss der Frauen in der allgemeinen Politik auf allen Ebenen deutlich verstärken und die liberale Ideen großflächig verbreiten.

Frank Bantle

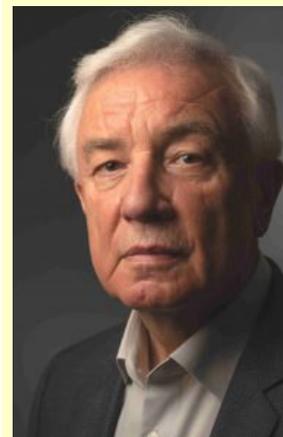


- 53 Jahre
- selbstständiger Redakteur, PR-Texter und Autor in Stuttgart
- für das Wohlfahrtswerk BW schreibt er zu Themen wie: Betreuung im Alter, generationsübergreifendes Wohnen, digitale Altenwohnungen
- Redaktionelle Betreuung von Themenspektren wie Bauen, Architektur, Gebäudemanagement und Sicherheit
- Bezirksbeirat im Stadtbezirk Stuttgart Ost
- Kooptiertes Mitglied im FDP-Kreisverband Stuttgart für die Liberalen Senioren

Anliegen:

Bantle ist einer unserer „jungen Senioren“, die in absehbarer Zeit in Rente geht (Baby-Boomer). Mit dem Ziel Lösungsoptionen aufzuzeigen, beschäftigt er sich mit dieser Thematik ebenso wie mit Fragen rund um Pflege und Betreuung im Alter.

Manfred Härterich



- 69 Jahre
- Berufsschullehrer für Maschinenbau, Physik/Versorgungstechnik
- Schulleiter a.D. einer gewerblich-technischen beruflichen Schule in Stuttgart
- Senior-Experte zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (Projekt VerA)
- Autor von Fachbüchern zur Versorgungstechnik in der beruflichen Bildung
- Aktivmitglied im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
- Mitglied im Schwäbischen Albverein
- Mitglied der FDP, Kreisverband Ludwigsburg, Ortsgruppe Ditzingen
- Kandidat bei den Kommunalwahlen 2019

Anliegen:

Unterstützung einer liberalen Bildungspolitik, im Besonderen der beruflichen dualen Ausbildung und Weiterbildung. Integration von anerkannten Asylbewerbern durch berufliche Ausbildung. Interreligiöser Dialog in der Erwachsenenbildung.

Wider den Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz

Viele vermeintliche Lösungen zum Klimaschutz gehen an der Realität vorbei.

Warum die Wissenschaft das nicht länger tolerieren darf.

Der Populismus hat viele Gesichter. Ihn zu kritisieren fällt leicht, wenn er mit blonder Mähne daherkommt oder in Gestalt ausländerfeindlicher Demonstranten. Doch oft erscheint er in sympathischer Form unter dem Deckmäntelchen des vermeintlich Guten. Dann ist er schwerer zu erkennen.

Gleichwohl ist es unsere Aufgabe als Wissenschaftler, auch subtilen Populismus aufzudecken und in die Schranken zu weisen. Vor allem, wenn er die Integrität der Wissenschaft bedroht. Das gilt zunächst ganz allgemein, doch wollen wir uns hier auf ökologischen Populismus konzentrieren – solchen der mit Energiepolitik und Klimaschutz zusammenhängt. Anschließend werden wir unseren Blick darauf werfen, welche Rolle die Wissenschaft im Kampf gegen solchen Populismus sowie für eine rationale und marktwirtschaftliche Klimapolitik spielen kann.

Schauen wir uns zunächst drei zufällig ausgewählte Meldungen aus jüngerer Zeit an. Zwei davon betreffen unser Verhältnis zur Naturwissenschaft und eine zum Rechtsstaat. Jede der Verlautbarungen für sich mag unbedeutend erscheinen. Doch ihre Zahl wächst und kann das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft und Rechts-

staat untergraben – eine Herausforderung, der wir Wissenschaftler uns bewusst werden sollten und die wir nur mit vereinten Kräften meistern können.

Unternehmen verschleiern wahre Probleme

Erstens: Ein deutsches Online-Nachrichtenmagazin hat kürzlich Tipps zu Klima- und Umweltschutz bei Langstreckenflügen gegeben. Die Redakteure empfehlen, zwecks Verringerung von Erdölverbrauch und Müllproduktion auf Plastikbecher zu verzichten und stattdessen ein eigenes Trinkgefäß an Bord zu bringen. Man muss kein Luftfahrtexperte sein, um herauszufinden, dass für jeden Fluggast auf der Reise von Frankfurt nach Los Angeles knapp 400 Liter Kerosin verbrannt werden. Der Erdölverbrauch für die Herstellung eines Trinkbechers dürfte sich hingegen auf weniger als zehn Gramm belaufen. Die Ressourcenaufwände für Flugbenzin und vier Trinkbecher verhalten sich mithin wie zehntausend zu eins. Der Beitrag dieser gepriesenen guten Tat zum Klimaschutz ist ungefähr so, als würde ein Autofahrer pro Jahr

statt 10,000 Kilometern nur noch 9,999 Kilometer fahren.

Zweitens: Die Deutsche Bahn verkündet, dass seit 2018 alle Reisenden im Fernverkehr mit 100% Ökostrom unterwegs sind. Gleichzeitig räumt sie ein, dass der Anteil erneuerbarer Energie an ihrem Strommix derzeit bei etwa 57% liegt. Man muss kein Elektrotechniker sein. Ein wenig Schulwissen im Fach Physik reicht für die Erkenntnis, dass es physikalisch unmöglich ist, ein „schwarzes“ Elektron aus Kern- und Kohlekraftwerken daran zu hindern, sich unter die „grünen“ Elektronen aus Wind- und Solaranlagen zu mischen. Einen ICE heute ausschließlich mit Ökostrom anzutreiben ist ungefähr so realistisch wie ein Rührer in ein Spiegelglas zu verwandeln.

Drittens: Im Hambacher Forst haben sich Personen im September 2018 widerrechtlich Zutritt zum Betriebsgelände des Energiekonzerns RWE verschafft. Bei Protestaktionen sollen sie Polizisten mit Gegenständen und Fäkalien beworfen haben. In zahlreichen Medien werden diese Menschen als „Umweltschützer“ und „Aktivisten“ bezeichnet.

(Ich spreche hier nicht von den friedlichen Demonstranten außerhalb des Werksgeländes).

Man muss kein Jurist sein, um zu begreifen, dass der widerrechtliche Aufenthalt auf fremdem Grund und Boden Hausfriedensbruch darstellt und das Bewerfen von Polizisten Widerstand gegen die Staatsgewalt. Sehen wir von juristischen Feinheiten ab, dann handelt es sich bei den Widerständlern schlichtweg um Straftäterinnen und Straftäter.

Was haben diese drei Beispiele gemeinsam? Sie spiegeln eine Haltung zu Klimaschutz und Energiepolitik wider, die wohl am treffendsten mit Pippi Langstrumpfs Leitspruch „Ich mach' mir die Welt wie sie mir gefällt“ veranschaulicht werden kann.

Das Märchen vom klimaschützenden Mehrwegbecher klingt so kuschelig, da spielen mathematische Nebensächlichkeiten wie das Verhältnis 1:10.000 keine Rolle. Es dient ja schließlich einem guten Zweck. Oder um es mit dem Liedtext von Pippi Langstrumpf auszudrücken: „Zwei mal drei macht vier...“ Das Märchen vom grünen ICE ist so rührend, dass wir für den edlen Zweck des Klimaschutzes großzügig über die Grundgesetze der Elektrotechnik hinwegsehen dürfen. Es dient ja schließlich einer guten Sache. Oder um mit Pippi Langstrumpfs Worten fortzufahren: „... widewidewitt und drei macht neune.“ Das Märchen von den Umweltaktivisten im Hambacher Forst klingt fast so romantisch wie die Geschichte von Robin Hood. Wenn es darum geht, gegen böse Großkonzerne zu Felde zu ziehen – so bekommen wir oft zu hören – gehört schon etwas ziviler Ungehorsam dazu.



KLIMASCHUTZ

statt

Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz

Verhöhnung der Wissenschaft

Aus diesen und zahlreichen ähnlichen Beispielen lassen sich zwei wiederkehrende Wesensmerkmale eines Populismus im ökologischen Deckmäntelchen herauslesen: die Verhöhnung der Wissenschaft und das Ignorieren des Rechtsstaates.

Warum tolerieren wir Wissenschaftler Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz?

Als Begründung bekommt man gern den viel zitierten Spruch „Es dient doch einem guten Zweck“ zu hören.

Als Wissenschaftler meine ich, dass kein Zweck es rechtfertigt, sich über gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse hinwegzusetzen und sei es auch nur in der Werbung.

Als Staatsbürger meine ich, dass kein Zweck es rechtfertigt, die Grenzen des demokratischen Rechtsstaates zu übertreten.

Sollte es deshalb nicht unsere Pflicht als Wissenschaftler sein, gegen Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz ebenso laut zu protestieren wie gegen sogenannte Fake News oder den Ausstieg der USA aus dem Klimaschutzvertrag?

Ich finde es ehrenwert, Märsche für die Freiheit der Wissenschaft zu organisieren.

Dabei sollten wir jedoch sorgfältig darauf achten, sämtliche wissenschaftsfeindlichen Tendenzen unserer Gesellschaft ins Visier zu nehmen und nicht nur die Lieblingsfeindbilder jenseits des Atlantiks.

Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz lullt uns in dem trügerischen Gefühl ein, den Klimawandel mit symbolischen Gesten eindämmen zu können,

Ich halte die Ignoranz gegenüber den Erkenntnissen der Klimaforschung für verwerflich. Aber es erfordert keine Zivilcourage, gegen einen amerikanischen Präsidenten im fernen Washington zu protestieren.

Mehr Mut ist hingegen nötig, vor unserer eigenen Haustür gegen blauäugige Klimaschutztipps und unwissenschaftliche Werbebotschaften aufzutreten.

Ganz zu schweigen von der Standfestigkeit, die notwendig ist, illegale Protestaktionen wie die Beeinträchtigung des Berliner Autoverkehrs durch gelbe Farbe als das zu bezeichnen was sie sind – nämlich Straftaten.

Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz untergräbt nicht nur das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft, sondern lenkt uns auch von den wirklich wichtigen Aufgaben des Klimaschutzes ab.

Denn er lullt uns in dem trügerischen Gefühl ein, den Klimawandel mit symbolischen Gesten eindämmen zu können.

Wieviel es in Wirklichkeit zu tun gibt, wird beispielsweise an einem Dokument deutlich, welches in der breiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt ist. Das Um-

weltbundesamt hat im Jahr 2016 eine Liste umweltschädlicher Subventionen der Bundesrepublik Deutschland publiziert. Diese summieren sich auf über 50 Milliarden Euro.

Die meisten dieser Subventionen sind nicht nur umweltschädlich, sondern auch klimarelevant.

Die besonders dicken Brocken, allesamt milliarden-schwer, sind die Kohlesubventionen, die Subvention von Dieseltreibstoff, die Entfernungspauschale, das Dienstwagensteuerprivileg und die Befreiung des Flugbenzins von der Mineralölsteuer.

Öffentliche Diskussionen anstoßen

Wenn wir Wissenschaftler nicht nur durch Forschung einen ernsthaften Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen, sondern auch durch zivilgesellschaftliches Engagement, könnten wir eine breite öffentliche Diskussion darüber anstoßen, wie sich diese Subventionen mit den Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland vertragen.

Teil dieser Diskussion sollte die Frage sein, wie eine aufkommensneutrale ökologische Steuerreform gestaltet werden könnte, die diese Subventionen eindämmt ohne die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu gefährden.

Doch sollten wir uns nichts vormachen: Diese Diskussion wird für weitaus weniger öffentliche Begeisterung sorgen als das Geplauder

über Plastikbecher auf Transatlantikflügen und grüne ICEs.

Denn bei einer solchen Debatte werden die Gegensätze zwischen Wissenschaft und Ideologie, Klimaschutz und Lobbyismus sowie Planwirtschaft und Marktwirtschaft in aller Deutlichkeit zutage treten.

Wenn aber die Wissenschaft ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht werden will, dürfen wir uns der Herausforderung nicht verschließen, Klimaschutz statt Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz zu betreiben.

Wir müssen Klimaschutz statt Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz zu betreiben.

Der Autor:

Prof: Dr. André Thess ist Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart und Direktor des Instituts für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt

E-Mail: andre.thess@dlr.de



Laudatio Nora Jordan Weinberg

Zitate:

**Achtung ist
mehr als
Beachtung,
Ansehen
mehr als Ruf.
Ehre mehr
als Ruhm.**

Nicolas
Chamfort
(1741 - 1794)

**Ruhm liegt
nicht darin,
niemals zu
fallen,
sondern
jedes Mal
wieder
aufzustehen,
wenn wir
gescheitert
sind.**

Konfuzius
(551 - 479 v. Chr.)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei Frau Jordan-Weinberg für Ihren Einsatz bei den Liberalen Senioren bedanken.

Sie ist bei der letzten Mitgliederversammlung nicht mehr zur Wahl im LSI-Vorstand angetreten.

Sie steht aber der Seniorenarbeit als stellvertretende Vorsitzende im Landesseniorenrat weiter zur Verfügung.

Sie ist Mitglied der Liberalen Senioren seit Juli 2001 - beigetreten an ihrem früheren Wohnort in Nordrhein-Westfalen. Dort hatte sie sich auch schon der liberalen Sache verschrieben und war 1998 der FDP beigetreten.

Seit 2004 wohnt das Ehepaar Jordan in Ludwigsburg. Anfang der 2000er Jahre war die baden-württembergische LSI – gegrün-

det Anfang der 90er Jahre – zwar schon 10 Jahre alt – aber nach dem überraschenden Tod des damaligen Vorsitzenden Dr. Bonhard in sehr stürmischer See.

Unser jetziger Ehrenvorsitzender Dr. Kurt Sütterlin hat dann seinerzeit mit dem Team wieder für eine Konsolidierung gesorgt.

Frau Jordan-Weinberg hat sich durch die Gründung der Regionalgruppe Ludwigsburg sofort Sporen verdient und sich dann auch im Vorstand des Landesverbands betätigt – und viele Jahre neben der Schriftführerin Helga Kraut das Schatzmeisteramt bekleidet. Das ging aber weit darüber hinaus – durch ihr organisatorisches Geschick beim Planen von Veranstaltungen war sie schnell unentbehrlich.

Das hat sich noch schneller auch im Bundesverband rumgesprochen – wo sie dann auch viele Jahre als Bundesschatzmeisterin gewirkt hat.

Sie hat einen sehr unpräzisen, direkten Stil.

Aber ganz besonders hat mich beeindruckt, wie Frau Jordan-Weinberg mit guten Ideen umgeht. Viele haben gute Ideen – aber sie hat ein Händchen dafür, die besten auszusuchen und diese auch umzusetzen. Respekt dafür!

Ich will deshalb ganz klar sagen: es gibt wenige Persönlichkeiten, vor denen UND vor deren Arbeit ich so großen Respekt habe, wie vor Ihnen, Frau Jordan-Weinberg.

Sie bleiben uns – das hat mich sehr gefreut – als Delegierte bei Bundesversammlungen erhalten.

Ich werde das nutzen und ab und an, wenn ich mich über andere liberale Zeitgenossen geärgert habe, bei Ihnen melden und Ihren pragmatischen und souveränen Rat einholen.

Ich wünsche Ihnen für die Arbeit im Landesseniorenrat weiterhin viel Erfolg.



Nora Jordan-Weinberg bei der Beantwortung von Fragen zur Schatzmeisterei bei der MV 2013 in Esslingen

●WHA

Laudatio Helga Krautt - und Blick auf die LSI-Historie

Die LSI wurde 1990 auf Initiative der damaligen Bundestagsabgeordneten Ingrid Walz und weiteren Stuttgarter Liberalen, vor allem dem Ehepaar Hanle, in Stuttgart gegründet. Unter dem sehr aktiven Vorsitzenden Dr. Hanno Bonhard gab es eine gute Entwicklung, ganz wesentlich gestützt durch die qualifizierten Ausarbeitungen zu seniorenpolitischen Themen von Frau Dr. Margarete Fischer. 1997 wurde die LSI ständiges kooptiertes Mitglied im FDP-Landesvorstand.

Nach dem plötzlichen Tod von Dr. Bonhard 1997 war die weitere positive Entwicklung gefährdet. Erst am 13.3.1999 konnte im Ratskeller in Stuttgart ein neuer Vorstand gewählt werden.

Vorsitzender wurde Dr. Kurt Sütterlin, stellv. Vorsitzende Dr. Margarete Fischer. Weitere Mitglieder waren Sonja Hanle als Schatzmeister, Heinz Hanle, Olaf Bong und Frau Kron als Beisitzer. Die LSI hatte in Kooperation mit einer Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Zeitpunkt 60 Mitglieder.

Auch Helga Krautt, die schon länger in der LSI aktiv war, wurde Beisitzer. In verschiedenen Funktionen hat sie bis heute aktive Vorstandsarbeit geleistet.

Ihr inhaltlicher Schwerpunkt waren ursprünglich Umweltschutz und soziale Infrastruktur, der auch beruflich als Mitarbeiterin

beim ASB zum Ausdruck kam.

Über viele Jahre war sie im Vorstand als Schriftführerin tätig.



Bild: 20jähriges LSI Jubiläum 2010

v. l. oben: Winfried Schulz, Reiner Becker, Hans K. Kemna, Dr. Kurt Sütterlin, Günter Leonhardt, mitte: Günther Hammer, Nora Jordan-Weinberg, Helga Krautt, Olaf Bong unten: Eva Balz, Dr. Ulrich Noll, Hedwig Kron, Sonja Hanle, Heinz Hanle

Bei den Infoständen der LSI am Dreikönigstreffen, die sich immer mehr zur wichtigen Präsentation entwickelten, war sie eine tragende Figur. An den Akteuren Helga Krautt, Aline Groß und Ulrike Elstner-Sütterlin kam keiner ungeschoren vorbei, Antrag zur Mitgliedschaft eingeschlossen.

Helga Krautt war auch an fast allen Europareisen der LSI helfend beteiligt, die seit 2000 vom Europa-Zentrum Stuttgart

nommen und zur Repräsentation unseres Landesverbands beigetragen.

Helga Krautt hat mit ihrer freundlichen ausgleichenden Art großen Anteil an der guten Atmosphäre im Vorstand, dabei für die gemeinsame Arbeit wichtige Aufgaben bereitwillig übernommen.

Nicht zuletzt hat sie in ihrem Umfeld und der örtlichen FDP erfolgreich für uns geworben. Die LSI hat nach dem Jahr 2000 auch überregional Anregungen gegeben. Der Landesvorstand der FDP hatte 1999 (Vorsitz Dr. Döring) unseren Antrag auf Einrichtung einer Bundesvereinigung beschlossen. Beim Bundesparteitag 2000 in Nürnberg wurde die Gründung der Liberalen Senioren als Vorfeldorganisation auf Bundesebene vollzogen. Am 3. März 2001 fand die formelle Gründung in Stuttgart statt; im gleichen Jahr die konstituierende Sitzung mit Vorstandswahlen in Erfurt, wobei Dr. Sütterlin zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Die immer neuen Aufgaben einer sich auch in Mitgliederzahlen gut entwickelnden LSI hat unser Vorstand gemeinsam getragen.

Helga Krautt hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, für den wir uns in aller Form bedanken wollen.

●KS

Zitate:

Es gibt keine ewigen Wahrheiten - ewige Lügen schon.

Stanislav Jerzy
(1909 -1966)

Eine halbe Wahrheit ist nie die Hälfte einer ganzen.

Karl Heinrich
Wackerl
(1897 - 1973)

Für die Welt bist du irgend jemand, aber für irgend jemand bist du die Welt.

Erich Fried
(1921 - 1988)

34. Landesseniorentag in Heilbronn

Mehr als 1.900 Seniorinnen und Senioren kamen zum Landesseniorentag am 5. Juni 2019 unter dem Motto „Alter hat Zukunft – Es liegt an uns!“ in die Eissporthalle nach Heilbronn, darunter mehr als 100 Teilnehmer aus dem Kreis Ludwigsburg.

Ermutung und Wertschätzung war diesmal der Grundtenor aller Redebeiträge. Wertschätzung für die vielen Seniorinnen und Senioren, die sich kommunal und familiär für Ihresgleichen und die nachfolgenden Generationen engagieren.

Professor Uwe Bähr, Vorsitzender des Landesseniorenrates, bedankte sich in seiner Begrüßungsrede ausdrücklich bei Harry Mergel, Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn, für dessen Schirmherrschaft und betonte weiter, dass der Landesseniorenrat bereits zum vierten Mal hier Gastrecht genießen dürfe.

2,9 Millionen Menschen in Baden-Württemberg seien inzwischen über 60 Jahre.

Für sie gäbe es Gelegenheit, weiterhin Verantwortung zu übernehmen. Dazu stünden 42 Kreis seniorenräte und 180 Orts- und Stadt seniorenräte in Baden-Württemberg bereit. **Professor Bähr forderte des-**

halb noch mehr kommunale Seniorenvertretungen und eine rechtliche Sicherheit für sie.

An die Politiker gewandt forderte er mehr Anstrengungen in der Bekämpfung der Altersarmut.

Artur Kübler, Vorsitzender des Kreisseniorenrates Heilbronn, betonte, dass Alter auch Freiheit mit sich bringe, dazu viel Lebenserfahrung.

Deshalb seien wir keine Bittsteller und Leistungsempfänger, sondern weiterhin Leistungserbringer in der Familie und bei den nachfolgenden Generationen.

Professor Dr. Wolf-Dietrich Hammann, Ministerialdirektor im Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg, forderte die Zuhörer auf, das Älterwerden aktiv zu gestalten. Dazu gehöre auch, Ehrenämter anzunehmen. Doch unterläge nicht alles dem Gestaltungswillen der älteren Generation, hier sei die Politik gefragt. Als guten Ansatz sprach Professor Dr. Hammann von „Quartier leben“, dem Projekt, wo Generationen miteinander leben, sich gegenseitig helfen und aktivieren.

Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundesar-

beitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), ermutigte die Zuhörer, sich weiterhin in Gesellschaft und Familie einzubringen. Wer selbstbestimmt leben will, so Franz Müntefering, muss selbst bestimmt leben. Er erläuterte ausführlich, wie alte Menschen ihr Älterwerden selbst beeinflussen können und forderte eine Stärkung der Kommunen, damit sie das Pflegeproblem besser lösen können.

Thaddäus Kunzmann, Demografiebeauftragter des Landes Baden-Württemberg, nannte den Quartiersgedanken aufgrund des demografischen Wandels einen wichtigen Ansatzpunkt.

Der Landesseniorenrat begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung Mittel für die Wohnraumförderung im nächsten Landeshaushalt berücksichtigen wird, wie Professor Dr. Hammann in der Podiumsdiskussion erklärte. Weiterhin unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bemühen darum, dass Pflege auch für geringe Renten bezahlbar ist.

Im Anschluss an die Reden und Diskussionen verbrachten die Teilnehmer einen sonnigen Nachmittag auf der Heilbronner BUGA.

●HG

Senioren-genossenschaft Riedlingen: Was können wir lernen

Das Genossenschaftskonzept ist ein ur-liberales Modell, das vor allem im 19. Jahrhundert Schulze-Delitzsch entwickelt hat. Das Konzept war das der gemeinschaftlichen Selbsthilfe.

Die Basis des Genossenschaftskonzeptes bildete die Überzeugung, dass die gebündelten Kräfte mehr leisten könnten, als der einzelne Mensch für sich. Die Zusammenfassung der Kräfte auf der Basis eines fairen Interessenausgleichs erreicht nicht nur deren Addition, sondern schafft eine neue sonst nicht erreichbare Qualität für die Beteiligten.

Kann der Staat - insbesondere im ländlichen Raum - flächendeckend eine für alle bezahlbare und würdevolle Altenversorgung sicherstellen? Eine Pflege, die Wahlmöglichkeiten garantiert für jene, die sich, wenn sie schwach werden, nicht in irgendein Altenheim einweisen lassen wollen, sondern im angestammten Umfeld bleiben wollen. Der demografische Wandel, zusammen mit wirtschaftlich-ökonomischen Entwicklungen, macht diese Staatsaufgabe fast unmöglich.

Wir haben bei einer LSI-Info-Reise vor Jahren die Pflege-Wohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl besucht. Eine wohlhabende Kommune mit dreieinhalb tausend Einwohnern. Auf-

grund großzügiger Unterstützung durch die Gemeinde hat sich ein funktionierendes generationenübergreifendes Senioren-Pflege-Modell herausgebildet.

Wir waren seinerzeit der Meinung, dass das Modell nur in einem ländlichen Umfeld funktionieren kann, wo jeder jeden



Eichstetten am Kaiserstuhl

kennt und vertraut. In der 10 000-Einwohnerstadt Riedlingen an der Donau stellte sich für Josef Martin vor 28 Jahren die Situation so dar: von den 10 000 Einwohnern sind bald ein Viertel im Rentenalter, Tendenz steigend. Die



Stadt ist sehr gepflegt, wirkt aber wie ein Museum mittelalterlicher Städtchlichkeit. Zu viel idyl-

lische Ruhe, viel zu wenige Arbeitsplätze und die wenigen werden global verlagert. Die jungen ziehen weg, der früher gültige Intergenerationenvertrag funktioniert nicht mehr. Martin sagt: „Wir haben vier Kinder. Aber kein einziges ist mehr hier.“

Im Jahr 1991 hat Martin die Senioren-genossen-

schaft Riedlingen gegründet, deren Mitglieder seither eine bestehende Idee leben: Die Älteren helfen den Gebrechlichen. Zum Lohn bekommen sie 6,80 Euro die Stunde oder eine Zeigutschrift, die eingelöst werden kann, wenn die eigene Kraft einmal nicht mehr reicht.

Inzwischen sind ca. 650 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Riedlingen Mitglied der Genossenschaft

geworden. 130 Helfer versorgen im Raum Riedlingen derzeit 300 „Nutzer“, wie Martin sagt, um das Wort Patient zu vermeiden, weil es nicht in allen Fällen passt. Für die professionelle Pflege arbeitet die Genossenschaft mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zusammen.

Die Genossenschaft versteht sich als „Brücke“, die ins Offene führt und ein selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Umfeld ermöglicht, solange es geht.

Wie funktioniert dieses Modell im Detail? Es funktioniert in einer Kleinstadt – lässt es sich auf Großstädte übertragen?

Kann es in bestimmten großstädtischen „Quartieren“ funktionieren, in denen die Leute nachbarschaftliche besonders gut miteinander zurecht kommen?

Die Liberalen Senioren wollen Antworten auf diese Fragen bei einer Informationsreise nach Riedlingen gewinnen und vor Ort mit den Mitgliedern der mehrfach als musterhaft ausgezeichneten Genossenschaft diskutieren.

Die Informationsreise ist am 11. September 2019.

Es sind noch Plätze frei. ●WHA



THEODOR-HEUSS-KULTURPREIS 2019

Der Preis wird von Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, Enkel unseres ersten Bundespräsidenten, übergeben.

Er war auch Schirmherr der diesjährigen Preisverleihung.

Theodor-Heuss-Kulturpreis 2019

Die Liberalen Senioren Baden-Württemberg unterstützen die Verleihung des Theodor-Heuss-Kulturpreises, organisiert vom Kreisverband der FDP Rhein-Neckar. Wir sehen darin eine Bereicherung der hervorragenden Kulturlandschaft der sehr großen überregionalen Metropol-Region.

Ausgezeichnet wurde die junge Sopranistin Nikola Hillebrand, die bereits zahlreiche nationale und internationale Preise gewonnen hat.

Hintergrund zum Theodor-Heuss-Kulturpreis: Im März 2019 fand in Heidelberg das Finale des internationalen Liedwettbewerbs "Das Lied" statt, einer der weltweit wohl renommiertesten Veranstaltungen für junge Sängestalten.

Den Vorsitz der Jury hatte Thomas Quasthoff.

Die nun umgesetzte Idee: Wenn ein so angesehenen Wettbewerb in unsere Region kommt (er fand zuvor in Berlin statt), bei dieser Gelegenheit einen Kulturpreis zu stiften, den ersten Kulturpreis, der den Namen unseres ersten Bundespräsidenten trägt.

Die Preisträgerin 2019: Die deutsche Sopranistin Nikola Hillebrand wurde in Recklinghausen, NRW, geboren und ist seit der

Spielzeit 2016/2017 im Ensemble des Nationaltheaters Mannheim.

Ihr Gesangsstudium begann sie im Alter von 17 Jahren bei Prof. Fenna Kügel-Seifried.

In der Spielzeit 2019/20 wird sie als Sophie im Rosenkavalier ihr Debüt an der Dresdner Semperoper geben.

● KHW



v.l. Alexander Kohl, FDP-Kreisvorsitzender Rhein-Neckar; Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, Schirmherr, Nikola Hillebrand, Preisträgerin; Barbara Braun, Kuratorin; Roland Kohn, LSI

Liberales Konzept - Lebensgefühl oder Steuerklasse?

Zur Diskussion gestellt: Beim öffentlichen Diskurs um den Klimaschutz kommt die nüchterne, liberale Debatte vermeintlich ins Hintertreffen. Beispiel: Lindner-Interview in der WELT.

Für FDP-Chef Christian Lindner ist Klimaschutz vor allem eine technologische Herausforderung. Er ist überzeugt, dass die Freien Demokraten bessere Konzepte als die Grünen haben.

Allerdings: So ganz scheinen ihm einige Journalisten nicht folgen zu wollen.

Auszüge aus einem Interview mit der **Welt**.

Warum können Sie beim Thema Nachhaltigkeit nicht punkten?

Das ist doch ein liberales Thema?

Nachhaltigkeit bei Staatsfinanzen und Wirtschaft traut man uns zu, beim Klima noch nicht. Da ist Arbeit nötig. Deutschland hat seinen Wohlstand damit gewonnen, Probleme über technischen Fortschritt zu lösen. Also setzen wir auch hier auf Erfindergeist. Die Technologie ist doch längst weiter als die Politik.

Wir sehen den Klimaschutz als eine technologische Herausforderung, die Grünen wohl als eine kulturelle.

Da wird der Klimaschutz genutzt, um Lebensstile zu verändern. Unsere Vision ist dagegen, durch Einfallsreichtum Klimaschutz mit Freiheit und Wohlstand zu verbinden.

Die Grünen fordern zumindest öffentlich keine Verbote mehr.

Das lese ich anders. Das neue Wort dafür heißt „Ordnungsrecht“. Parteichef Robert Habeck träumt von Deutschland als einem fleischlosen Land. Die Grünen wollen den Verbrennungsmotor verbieten. Es gibt Denkmotive der Rationierung von Flugreisen. Sie wollen die entschädigungslose Abschaltung von Kohlekraftwerken und so weiter.

Wollen Sie das Thema Klimaschutz zu Ihrem Thema machen, oder überlassen Sie das den Grünen?

Man darf Klimaschutz gerade nicht linken und planwirtschaftlichen Eingriffen überlassen, weil er sonst nämlich unbezahlbar wird. Das beste Instrument, um mit knappen Ressourcen umzugehen, ist Marktwirtschaft. Wir können den Menschen mit anderen Technologien die Urlaubsreise ermöglichen, etwa mit Wasserstoff- und Brennstoffzellen im

Flugzeug. Synthetischer Kraftstoff im Auto ist ökologischer als Elektroautos, die mit Braunkohlestrom aus Polen betankt werden.

Bürgerliche, die das (die höheren Preise) zahlen können, sagen: Wir leisten uns das einfach. Das ist doch klassische FDP-Klientel. Die, die sich das nicht leisten können, sind eher keine FDP-Wähler.

Das sind Klischees. Wir stehen für ein Lebensgefühl, nicht für eine Einkommensklasse. Klimaschutz kann doch nicht heißen, dass die Gutbetuchten so weitermachen wie bisher, weil man sich den grünen CO2-Preis leisten kann, während die anderen mit Freiheitseinschränkungen bestraft werden. Diejenigen, die mehrsprachig sind, von der Globalisierung profitieren und postmaterielle Werte haben, wählen die Grünen. Jene, die kulturelle Verlustängste haben, wählen in Ostdeutschland die AfD. Eine solche Spaltung der Gesellschaft kann man nicht hinnehmen. Das Klimathema hat uns eine Rückkehr kollektivistischer Vorstellungen gebracht. Dem Individualverkehr soll der Garaus gemacht werden. Die Grünen-Senatorin in Berlin will das Auto aus der Innenstadt verbannen.

Wir erleben eine Rückkehr der Planwirtschaft. Dabei ist die Marktwirtschaft beim Knapphalten von Ressourcen überlegen. Das ist auch gesellschaftspolitischer Konflikt.

2014 erlangte die FDP (bei der Europawahl) 3,4 Prozent, diesmal waren es 5,4 Prozent. Sie waren optimistisch, Ihr Ergebnis zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Woran sind sie gescheitert?

Wir haben nicht genug Fahrt aufnehmen können. Schlicht und einfach. Unsere Unterstützer sind zu Hause geblieben. So haben wir vor allem Stimmen an das Lager der Nichtwähler verloren. Es ist uns nicht gelungen, unser Wählerpotenzial zu mobilisieren. Wir werden daraus unsere Konsequenzen ziehen.

Wir stehen für ein Lebensgefühl, nicht für eine Einkommensklasse

Diese Feststellung ist für eine liberale Debattenkultur besonders wichtig.

Wie stehen Sie dazu?

Schreiben Sie uns!

Fake-News (laut Duden)

„umgangssprachlich für in den Medien und im Internet, besonders in den Social Media in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen“

Die Macht der Bilder und Fake-News

Die US-Publizistin Susan Sontag sagt zu Recht: Bilder sind heutzutage keine Sammelobjekte mehr, sondern Botschaften, die in Umlauf gebracht werden, und zwar nicht mehr nur von Bildjournalisten, sondern in unserer digitalen Welt von jeder und jedem. Per Handy. Der so genannte "Pictorial Turn" ist in aller Munde: Der kulturelle Wandel hin zu einer Mediengesellschaft, in der zunehmend Bilder und ihre Botschaften an die Stelle von Wor-

ten und ihren Nachrichten treten.

Durch die Aufnahme und geistige Verarbeitung dieser Bilderflut nehmen wir an unserer Zeit teil. Denn die Ereignisse, die uns und unsere Zeitgenossen aufgerüttelt haben, sind uns lediglich durch Bilder bekannt. Sie wirken allerdings vielfach auf uns so unmittelbar und suggestiv, dass wir uns für Augenzeugen des Geschehens halten. Jeder, der die

Filme über das Zusammenbrechen der Twin Towers gesehen hat, fühlt sich als unmittelbarer Augenzeuge des Geschehens. Wir haben das getestet und geschrieben, die Lokalpresse berichtet nicht über uns, aber eine englische Zeitung. Mit diesem Bild. Einige haben es geglaubt. Ich danke meinem LSI-Freund aus Biberach, Klaus Kastner, für diesen Denkanstoß. ●WHA



Wie ein ehemaliger Schweizer Bundesrat die EU sieht?

Kaspar Villiger, ehemaliger Bundesrat der Schweizer Eidgenossen, hat sich in der Neuen Zürcher Zeitung Gedanken zur EU gemacht.

Angesichts der Glaubwürdigkeitskrise, in der sich die aktuelle EU befindet, sind diese Gedanken es wert, kommentiert zu werden.

«Denk ich an Brüssel in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.» Unter dieser Heinrich Heine Paraphrase stellt er seine Überlegungen.

Er konstatiert: „Das Mitgliedsland mit der zweitgrössten Volkswirtschaft, der besten Armee und der größten diplomatischen Erfahrung springt ab, Beitrittsgehlüste haben ausschließlich Länder, die ihre eigenen Probleme kaum meistern und nach Brüsseler Manna schießen, tiefe Risse teilen sie in Nord und Süd sowie Ost und West, und der Euro, gedacht als wundersamer politischer Einiger, wirkt nach wie vor als Spaltpilz. Die Brüsseler Führungscrew sieht die Lösung, irgendwie eingesperrt in eine seltsam realitätsferne Blase, in einem forcierten «Weiter so» und erinnert damit an einen Automobilisten, der in bodenlosem Gelände stecken bleibt und, statt

besonnen nach einer Verbesserung der Adhäsion seiner Antriebsräder zu suchen, immer mehr Gas gibt und sich damit noch tiefer eingräbt.“

Im Gegensatz zu einigen Kommentaren, die die jetzige EU für nicht reformierbar halten, glaubt Villiger, dass eine Reform möglich sei.

Er schreibt: „Eine zukunftssträchtige strategische Reform der EU könnte in Anlehnung an das Experiment Schweiz vier Elemente umfassen:

- erstens die Beschränkung auf zentrale Kernaufgaben, kombiniert mit einem wirksamen Schutz der Vielfalt;
- zweitens die Stärkung der Selbstverantwortung auf allen politischen Ebenen;
- drittens eine kluge Beschränkung der Personenfreizügigkeit;
- und viertens die konsequente wirtschaftliche Öffnung für europäische Drittstaaten.“

Er geißelt den Zentralismus:

„Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird den französisch

geprägten Zentralismus und Interventionismus noch stärken und liberal-föderalistische Kräfte weiter schwächen. Deutschland mag das spüren, hat aber nicht die politische Kraft, sich zusammen mit ähnlich denkenden anderen Staaten da gegen aufzulehnen.“

Sein Lösungsvorschlag lautet:

„Die Lösung des Problems wäre eine Art Viersprung:

1. **substanzieller Rückbau der Kompetenzen der EU** etwa in den Bereichen Arbeit, Soziales, Landwirtschaft, Gesundheit usw.;
2. **Eliminierung aller Doppelzuständigkeiten**, weil sie Zentralisierungsbeschleuniger und Verantwortungsverwischer zugleich sind;
3. **signifikante Stärkung der Durchsetzungskraft der EU in den zentralen Bereichen gemeinsamer Interessen**, etwa Verteidigung, Außenpolitik, Schutz der Außengrenzen, Flüchtlingswesen, Sicherung des unentbehrlichen Kerns demokrati-

scher und rechtsstaatlicher Institutionen;

4. und schließlich – in Anlehnung an Roman Herzogs Idee eines Subsidiaritätsgerichtshofs – **der Umbau des Europäischen Gerichtshofs von einem Integrationsbeschleunigungs- zu einem Subsidiaritätssicherungsinstrument.“**

Allen Punkten stimme ich uneingeschränkt zu.

Besonders wichtig ist für Kaspar Villiger:

„Ein für Politik und Wirtschaft wichtiges Prinzip zur Förderung verantwortlichen Handelns ist die Verbindung von Kompetenz mit Haftung.“ Auch bei seiner Feststellung: **„Es ist nicht zu übersehen, dass sich die EU durch die forcierte Übernahme neuer Länder überdehnt hat.“** ist ihm zuzustimmen.

Eine schnelle Änderung erwartet er nicht, denn als Bundesrat weiß er: **„Die Erfahrung zeigt, dass sich Parlamente und Burekratien mit Zähnen und Klauen gegen den Verlust einmal errungener Kompetenzen wehren.“** Und ganz klar widerspricht er der deutschen Kanzlerin:

NICHTS IST ALTERNATIVLOS!

●WHA



Judith Skudely, MdB

Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Skudely ist umweltpolitische Sprecherin der FDP Bundestagsfraktion und Vorsitzende der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg.

Es ist nicht genug zu wissen, Man muss auch anwenden.

Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.

Johann Wolfgang von Goethe

Dieselfahrverbot in Stuttgart

Wer zieht den Karren aus dem Dreck?

Seit Anfang 2019 herrschen flächendeckende Fahrverbote für knapp 190 000 EURO 4 Diesel in ganz Stuttgart.

Und während die CDU verspricht, „EURO-5-Fahrverbote definitiv zu vermeiden“, ist die Ausweitung auf etwa 183 000 EURO-5-Diesel-Fahrzeuge

auch Fahrzeuge mit der Abgasnorm 5 von Fahrverboten aus dem Verkehr gezogen.

Landesregierung im Wahlkampfmodus

In der Tat erlauben das Urteil vom 26.07.2017 und die anschließenden Beschlüsse der Verwaltungsgerichte 2020 die Ausweitung der Fahrverbote auf Diesel-

setzen.

Liebe Landesregierung, um sich für Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, muss man tatsächlich etwas tun!

Die Landesregierung hat den Karren sprichwörtlich selbst in den Dreck gefahren, indem sie dem Urteil ohne Berufung zugestimmt hatte. Seit 2017 ist klar, dass eine Verkehrsreduzierung um 20 Prozent am umstrittenen Neckartor stattfinden muss,



schon in vollem Gange.

Das bestätigte das Verwaltungsgericht Stuttgart mit ihrem jüngsten Beschluss vom 27.04.2019. Sollten sich die Luftbedingungen nicht bis Mitte des Jahres verbessern bzw. ausreichend Maßnahmen zur Luftreinhaltung getroffen sein, müssen Fahrzeuge der Abgasnorm EURO-5 in die Luftreinhaltungspläne aufgenommen werden. Fahrverbote sind demnach ab September 2019, spätestens ab dem 01.01.2020 rechtlich möglich. Das Gericht spricht also Klartext: Ausreichende Maßnahmen sind zwingend notwendig. Sonst werden

fahrzeuge der Schadstoffklasse EURO-5. Hier verpasste die Landesregierung die einmalige Möglichkeit, in Berufung zu gehen und eine erneute Tatsachenprüfung zu erwirken. So konnten die jüngeren Entwicklungen und neuen Erkenntnisse von den Gerichten nicht berücksichtigt werden. Mehr noch: Seitdem verschläft die Landesregierung die Chance, Fahrverbote und die Enteignung von Betroffenen durch ausreichende Maßnahmen zu verhindern. Stattdessen verspricht sie den Bürgerinnen und Bürger, sich für sie einzu-

um Fahrverbote zu verhindern, sofern sich die Luftwerte nicht fühlbar verbessern. Ebenso lange blieb die Landesregierung allerdings tatenlos, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Allen Prognosen nach werden die Grenzwerte bis zum 01.07.2019 nicht eingehalten - trotz aller Fahrverbote. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich das Ziel „EURO-5-Fahrverbote definitiv zu vermeiden“ als reines Wahlkampfgetöse, um das Versagen auf verkehrs-, umwelt- und sozialpolitischer Ebene zu vertuschen.

Liebe Landesregierung, Sie haben den Karren in den Dreck gefahren, Sie sollten ihn auch wieder rausziehen!

(DUH) Deutsche Umwelthilfe und Grenzwerte

Fahrverbote für 373 000 Fahrzeuge

Dieseigner - Privatpersonen wie Unternehmer - klagen über die Folgen der Fahrverbote. Etwa 373 000 Fahrzeuge könnten betroffen sein.

Wohnen im ländlichen Raum für Pendler wird unattraktiver, gerade in einer alternder Gesellschaft wird der Alltag erschwert.

Auch der Umwelt ist mit den Fahrverboten nicht geholfen. Neben den sozialen und wirtschaftlichen Folgen führen Fahrverbote nicht zur Verbesserung der Luftqualität und Einhaltung der Grenzwerte. Gleichzeitig beobachten wir seit Jahren, dass Luft in den Städten immer sauberer wird und immer weniger Städte die Grenzwerte überschreiten.

Fahrverbote sind umwelt-, sozial-, Verkehrs- und

wirtschaftspolitischer Nonsens.

Aufgrund der kontinuierlichen Modernisierung der Verkehrsflotte ist anzunehmen, dass die Grenzwerte für Luftschadstoffe in naher Zukunft eingehalten werden können - ohne Fahrverbote, ohne Enteignung und ohne Einschränkung der Bürgerinnen und Bürger.

Uns ist daran gelegen, alle Menschen mitzunehmen und keine sozialen Verwerfungen zu provozieren, indem von heute auf morgen Menschen enteignet und in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. So fordern wir Bund und Länder dazu auf, sich auf europäischer Ebene für die Änderung der Grenzwerte einzusetzen. Wenn wir hier etwas bewirken können, verhindern wir soziale Verwerfungen und volkswirtschaftliche Schäden.

Die Änderung der Grenzwerte auf europäischer Ebene liefert die rechtliche Grundlage zur Verhinderung von Fahrverboten!

Saubere Luft erreichen wir durch moderne Mobilität. So ist es gleichzeitig von enormer Bedeutung, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu schaffen, um neue Konzepte erfolgreich umzusetzen. Angefangen beim Ausbau des ÖPNVs und Investitionen in die Infrastruktur, über Maßnahmen der Digitalisierung bis hin zur Forschungsförderung alternativer Antriebsstoffe und Antriebsformen müssen neue Wege eingeschlagen werden, um einen echten Beitrag zur Umwelt zu liefern.

Neue Technologien, Modernisierung und Digitalisierung führen zu sauberer Luft.

Wer zieht also den Karren aus dem Dreck?

Momentan kommt die Landesregierung ihrer politischen Verantwortung nicht nach und ignoriert die Folgen der von ihnen mit verschuldeten Situation. Im Gegenteil: Die Bürgerinnen und Bürger schultern als Dieselfahrer und Steuerzahler die Last allein. Und alles scheint darauf hinaus zu laufen, dass auch in Zukunft unter der grün-schwarzen Landesregierung Betroffene im Regen stehen bleiben. Wir Freie Demokraten werden aber nicht müde, uns mit voller Kraft für die Belange einzusetzen und auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene unbequem zu bleiben. Sprich: das Diesel-Verbot mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Politisches Versagen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger kann nicht akzeptiert werden!

● JS



Grenzwerte?

- An vielen der mehr als 300 Luftmessstationen in Deutschland wird der amtlich festgelegte Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxiden (NO_x) pro Kubikmeter an zu vielen Tagen im Jahr überschritten.
- Am Arbeitsplatz liegt der NO_x-Grenzwert bei 950 Mikrogramm
- Ratten reagieren erst bei 8000 Mikrogramm NO_x/m³

Liberele Senioren Baden-Württemberg

LSI Galerie



Prof. Dr. Corinna Salander bei ihrem Impuls-Vortrag, der eine lebhafteste Diskussion auslöste



Karl-Heinz Pastoors, Stellvertretender Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-Württemberg e.V.

Nora Jordan-Weinberg hat sich immer darüber echauffert, dass sie als Frau kein Weinpräsent, sondern Pralinen überreicht bekam. Das Ehepaar Jordan hat das diplomatisch gelöst.

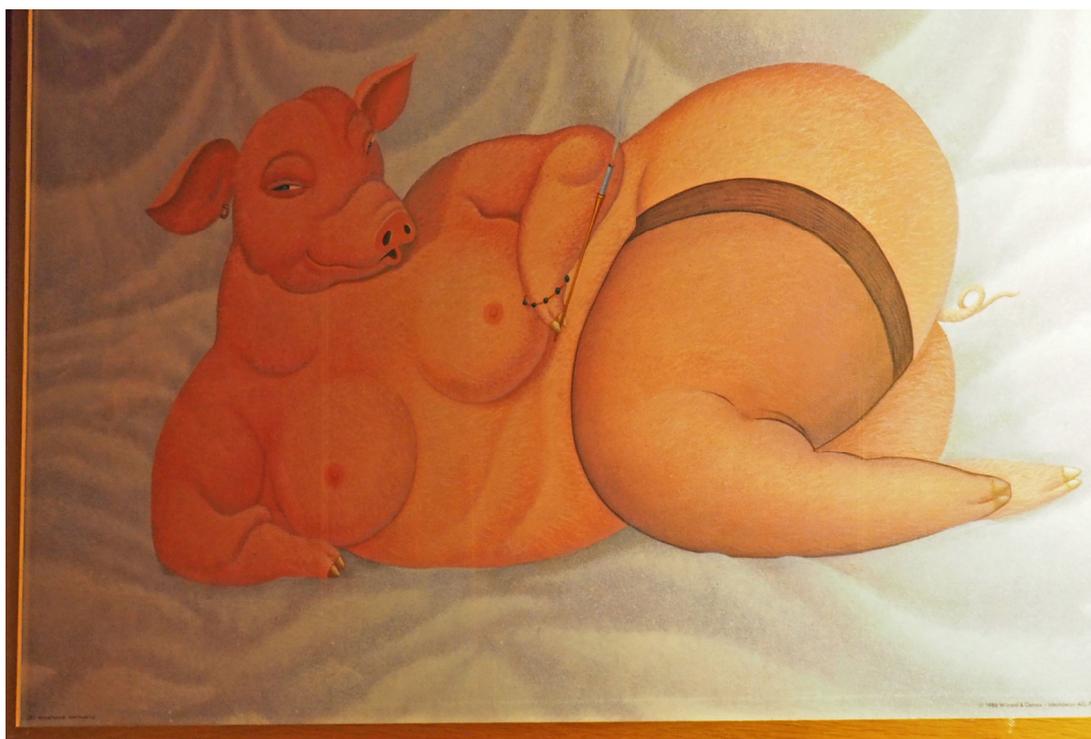


Impressionen von der Mitgliederversammlung 2019



Im Anschluss an die MV besuchten wir das weltgrößte Schweinemuseum (Guinness Book of Records) und den Biergarten

2019 ist im chinesischen Kalender das Jahr des Schweins. Dem Thema war ein eigener Raum gewidmet.



Das Schwein hat auch die Kunst nachhaltig beeinflusst.

alle Bilder

● KK

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themenstellungen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam:

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Karl-Heinz Weinert (KHW)
Dr. Horst Dilger (HD)
Hildegund Gramespacher (HG)

Gastbeiträge

Prof. Dr.-Ing. Corinna Salander (CS)
Prof. Dr. Andre Thess (AT)
Judith Skudelny MdB (JS)

Nächste LSI Aktuell-Themen

1. **Genossenschaften und Ehrenamt**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, solange Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- **11. September** Info Reise nach Riedlingen
- **18. Oktober** Bundesdelegiertenversammlung in Würzburg

Informieren Sie sich auch auf unserer [Homepage](#).

Liberales Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

LSI-Vorstandswahlen 2019 (WHA)	Seite 1
Soziale und liberale Mobilität (CS/WHA)	Seite 2/3
Abgeordneten-Fahrt nach Berlin (KK)	Seite 4/5
11. Liberaler Seniorentag 2019 (FDP/DVP Fraktion)	Seite 6/7
Nachruf / Projekte / Neue Beisitzer (WHA)	Seite 8/9
Pippi-Langstrumpf-Klimaschutz (AT)	Seite 10/11
Laudationen (WHA/KS)	Seite 12/13
34. Landesseniorentag in Heilbronn (HG)	Seite 14
Genossenschaftsmodell Riedlingen (WHA)	Seite 15
Theodor-Heuss-Kulturpreis 2019 (KHW)	Seite 16
Liberales Konzept / Die Macht der Bilder (WHA)	Seite 17/18
Die EU aus Schweizer Sicht (WHA)	Seite 19
Dieselfahrverbot in Stuttgart (JS)	Seite 20/21
LSI Galerie (KK)	Seite 22/23

www.liberale-senioren-bw.de